



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 177. Ratssitzung vom 10. Dezember 2021

4709. 2021/368

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 176, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Beschlüsse:

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Wir sprachen vorgestern im Rahmen der Diskussion zu Antrag 054. das erste Mal über das Bildungszentrum Blaulicht (BZB). In dieser Debatte ging es um die 3,2 Stellen, die bei Schutz & Rettung (SRZ) eingestellt sind. Wir nahmen dabei mit Interesse zur Kenntnis, dass diese gar nichts mit dem Seminarzentrum ara glatt zu tun haben. Der Antrag 082. hingegen hängt mit der ara glatt zusammen: Wir sprechen über eine Hauswartstelle für diese Seminarräume. Unser Anliegen ist noch das Gleiche: Wir möchten nach der Schliessung des Zentrums ara glatt keine Übernahme durch Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), ohne dass ein Konzept vorliegt. Es ist mir klar, dass ein solches Gebäude der Immobilien Stadt Zürich (IMMO) Unterhalt bedarf. Man sollte diesen aber auf ein Minimum reduzieren, bis man weiss, was man künftig mit dem Gebäude machen will. STR Karin Rykart bestätigte eigentlich die Tatsache, dass noch kein Konzept für die Erweiterung des Bildungszentrums Blaulicht im Rohwiesen vorhanden ist. Sie bestätigte damit auch, dass die Stelle nicht geschaffen werden sollte. Es muss in einem ersten Schritt geklärt werden, was mit dem Gebäude passieren soll und erst in einem zweiten Schritt können die entsprechenden Ressourcen für den Betrieb freigegeben werden. Hier können wir für die Stadt Zürich langfristig Geld sparen.*

Johann Widmer (SVP): *Unserer Ansicht nach macht es keinen Sinn, die Mittel für das BZB nicht zu sprechen.*



Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Am Mittwoch sagte STR Karin Rykart, es sei nicht der Plan, dass das Bildungszentrum Blaulicht auch die ara glatt übernehme. Sie sagte auch, dass es sich beim Bildungszentrum Blaulicht um das bisherige Rohwiesen mit dem beschlossenen Ausbau handle. Ich warf heute Morgen nochmals einen Blick in die Antworten von IMMO und SRZ. Wir liessen uns von der IMMO extra einen Plan des Geländes der ara glatt zeichnen, damit alle über das Gleiche sprechen. Auf dieser Karte sieht man, dass das Gebäude 3 – das Seminargebäude – zu SRZ gehören soll. Ich bin gespannt, wie sich diese Diskrepanz erklären lässt. Die Minderheit ist immer noch der Meinung, dass es für diesen Standort kein brauchbares Konzept gibt und dass Schutz & Rettung einfach ein «ERZ 2.0» betreiben will. Das ist keine gute Idee. Wenn nicht mal die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements weiss, welche Gebäude ihr Amt mietet, gehören die Stellen wirklich gestrichen.

Bildungszentrum Blaulicht: Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 82 sowie Antrag Nr. 54 (SID)

S. 317	40 4040 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat				36 947 000	Mehrheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)
			50 200		36 896 800	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Stellen für Bildungszentrum Blaulicht (BZB) erst aufbauen, wenn nachgewiesen ist, dass dieses kostendeckend geführt werden kann (Verzicht auf Leiter Hausdienst und Technik IVH 0,5 Stellenwerte)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 083.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Die Minderheit beantragt, die Mittel zur Verschiebung des 3-fach Pavillons vom Schulhaus Ruggächer zum Schulhaus Riedenhalden für 2,1 Millionen Franken nicht zu bewilligen. Das entspricht etwa zwei Drittel der Investition, die ein Neubau kosten würde. Ich habe sehr grossen Respekt vor Vera Lang, die einen grossen Schulkreis managt und aus meiner Sicht ein wenig ein Mauerblümchendasein fristet. Ende der Nullerjahre zeigte sich, dass die Schulraumplanung des Schulkreises Glattal nicht richtig aufgegleist war. Wir sprechen hier von Affoltern, Seebach und Oerlikon. In diesem Schulkreis besuchen viele Kinder die Schule, die zuhause nicht Deutsch sprechen. Es ist also ein Schulkreis, der im Fokus der Planung der Stadt stehen müsste, um die Chancengerechtigkeit herstellen zu können. Der Schulkreis Glattal braucht auch bei der Schulraumplanung eine höhere Aufmerksamkeit. Das erst im Jahr 2019 eröffnete Schulhaus Schattenberg platzt bereits im Jahr 2021 aus allen Nähten. Im Jahr 2022 muss deshalb ein Teil der Schüler und Schülerinnen in eine Nachbarschule verlegt werden. Immobilien Stadt Zürich (IMMO) schlug eine Verschiebung des Pavillons Ruggächer vor. Unserer Meinung nach ist diese Verschiebung aber nicht nur übersteuert, sondern verschärft die Probleme der Schulraumplanung in diesem Schulkreis weiter – auch die provisorische Schule Ruggächer platzt bereits zum jetzigen Zeitpunkt aus allen Nähten. Sie ist aktuell der provisorische Zweitstandort der Schule Holderbach. Wird der Pavillon weggenommen, wird er dort fehlen. Das zeigt, dass die Gesamtstrategie für die Erstellung des dringend benötigten Schulraums bis ins Jahr 2040 zwar sauber aufgegleist ist, die aktuellen Probleme aber nicht lösen kann. Für die dringenden Bedürfnisse der Schulen ist noch nicht gesorgt, dort müssen wir genauer hinsehen. Weil auch die für die Tagesschule benötigten Räume nicht vorhanden sind, kann der Schulkreis Glattal den Wechsel Richtung Tagesschule erst später vollziehen. Auch in diesem Punkt werden die Kinder und Familien in diesem Schulkreis im Vergleich zu anderen Schulkreisen benachteiligt. Das darf nicht sein. Die Schulraumdelegation des Stadtrats muss genauer hinsehen. Es müssen Lösungen gefunden werden, damit keine Notaktionen, wie die hier diskutierte, unkoordiniert stattfinden müssen. Es wäre auch für den Schulkreis Glattal gut, wenn wir die Verschiebung nicht bewilligen.

Dr. Florian Blättler (SP): Wenn man einen Antrag stellt, sollte man sich bewusst sein, was dieser bewirkt. Dieser Antrag hätte sehr direkt spürbare Auswirkungen für viele Menschen: die Schülerinnen und Schüler aus mehreren Klassen müssten über sechs Jahre hinweg täglich vom Schulhaus Schauenberg mit einem Schulbus ins Schulhaus Ruggächer gefahren werden – und wieder zurück. Sechs Jahre entsprechen einer ganzen Primarschulkarriere. Abgesehen davon, dass der Shuttlebusdienst vermutlich kaum günstiger kommt als die Verschiebung des Pavillons und abgesehen von logistischen Problemen – beispielsweise beim Handwerksunterricht –, geht es in unseren Augen nicht, dass tägliche Schulbusfahrten zum Pflichtprogramm von Primarschülerinnen und Primarschülern gehören. Wir lehnen den Antrag deshalb ab und stellen die Schulkapazitäten dort zur Verfügung, wo sie auch benötigt werden.



Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Ich wette, dass wir in spätestens drei Jahren genau diesen Pavillon im Schulhaus Ruggächer wieder aufbauen werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das Verschieben von Pavillons zwar eine nette Idee, aber selten für eine langfristige Planung gut ist. Ich gebe meinem Vorredner recht, dass die Einführung eines Schulbusses eine harte Massnahme ist. Es ist aber keine neue Massnahme – die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, die nach der Eröffnung im Schulhaus Im Birch in die Schule gingen, kennen das Busfahren und auch beim Umbau des Schulhauses Schattenberg kam ein Bus zum Einsatz. Wenn Sie nun sagen, Sie möchten den Schülerinnen und Schüler das Busfahren nicht zumuten, dann haben sie in der Schulraumplanung nicht zugehört; der Schulbus ist nämlich eine völlig normale Massnahme. Wir möchten hier nicht unbedingt Kosten sparen, sondern auf ein Problem hinweisen. Stimmen Sie mit der Minderheit, damit wir in drei Jahren nicht wieder über den Aufbau von Pavillons an diesem Ort diskutieren müssen.

Cathrine Pauli (FDP): Walter Angst (AL) sprach in grossen Tönen von Vera Lang. Sie selbst sagte uns aber, dass es aus verschiedensten Gründen eine Katastrophe wäre, würde der Antrag durchkommen – er würde unter anderem zu Mehrkosten führen und es bräuchte eine Begleitperson. Die Schule Holderbach wird mit 12 Klassen bereits übermässig beansprucht und 80 Kinder können nicht betreut werden, weil Raumkapazitäten fehlen. Schichtbetrieb in der Regelschule ist nicht machbar, zudem verfügt die Schule über keine Regenerierküche, sondern wird das Essen anliefern lassen müssen. Auch wenn Walter Angst (AL) sich auf Vera Lang bezieht – sie wird ihn in diesem Punkt nicht unterstützen, sondern versuchen ihn zu überzeugen, von seinem Antrag zurückzutreten.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Wir sprechen über das Quartier Affoltern. Der Quartierbezug der Schulen ist enorm wichtig. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats aus vier Gründen. Erstens gehören die fünf Pavillons im Ruggächer zur Schule Holderbach. Der Pavillon Ruggächer 5 steht leer und wird von der Schule Holderbach auch in Zukunft nicht mehr gebraucht, weil die Anzahl Schülerinnen und Schüler in den nächsten Jahren konstant bleiben wird. Das sagen die offiziellen Prognosen und das bestätigt auch der Schulleiter der Schule Holderbach. Zweitens werden die benachbarten Schulen Schellenberg und Riedenhalden in den nächsten Jahren stark wachsen. Bereits im Schuljahr 2022/23 wird die Anzahl Klassen die Kapazität der Schulen um drei Klassen übersteigen. Ein Jahr später werden es bereits vier Klassen sein, für die der Schulraum im Einzugsgebiet fehlen wird. Als Notlösung muss dringend ein Züri-Modular-Pavillon aufgestellt werden. Der Standort beim Schulhaus Riedenhalden ist sinnvoll, weil das Schularreal gross genug ist und weil dort bereits ein Züri-Modular-Pavillon steht. Das ergibt Synergien. Drittens kann man den Pavillon Ruggächer verschieben und muss nicht einen neuen Pavillon aufstellen. Damit kann im Ruggächer zusätzliche Freifläche für die Schülerinnen und Schüler entstehen. Die Verschiebung des Pavillons kostet nur halb so viel wie die Herstellung und Aufstellung eines neuen Pavillons, dessen Kosten bei 3,6 Millionen Franken liegen würden. Für die Verschiebung sind 1,9 Millionen Franken veranschlagt. Ich gehe davon aus, dass die Verschiebung in Tat und Wahrheit weniger



kosten wird. Der Kredit für das Züri-Modular Schütze für das Schulareal Milchbuck betrug damals nämlich 1,8 Millionen Franken, die effektiven Kosten nach der Abrechnung betragen aber nur 1,3 Millionen Franken – das sind 500 000 Franken weniger als der bewilligte Kredit. Über die Idee, den Pavillon 5 stehen zu lassen und die überzähligen 60 bis 80 Kinder aus dem Einzugsgebiet Schauenberg Riedenhalden mit einem Shuttlebus zum Pavillon zu fahren, können wir Grünen nur den Kopf schütteln. Es ist für Kinder enorm wichtig, dass sie selbstständig zu Fuss in die Schule gehen können. Auf dem Schulweg entdecken die Kinder die Welt, stärken damit ihr Selbstvertrauen und knüpfen Beziehungen zu Kameradinnen und Kameraden. Der Schulweg ist ein wichtiger Ort der Sozialisation für Kinder, diesen sollte man ihnen auf keinen Fall wegnehmen.

Walter Angst (AL): *Ich habe die Berichterstattung von Vera Lang gelesen und weiss, dass ein Angebot der IMMO für eine Schulpräsidentin ein Notnagel ist, den man sofort ergreift. Ich glaube aber, es wäre notwendig, dass in der Schulanlage Schauenberg zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um eine Tageschule und die Kinder haben einen Anspruch darauf, dass die Schuleinheit zusammenbleibt. Das ist auch möglich, weil die Stadt dort oben viel Land besitzt. Eine Interessensabwägung kam aber zum Schluss, dass Tennisplätze wichtiger sind als der Pavillon und die Schüler und Schülerinnen, die man dort gemeinsam unterrichten könnte. Die Schulanlage Riedenhalden platzt aus allen Nähten und auch die Schulanlage Ruggächer ist heute schon sehr dicht besetzt. Der Pavillon wurde geschlossen, weil man wusste, dass er verschoben wird. Er könnte aber weiterhin vor Ort sehr gut genutzt werden. Es macht keinen Sinn, hier drinnen im Detail eine Schulraumdebatte zu führen. Was aber in Affoltern passiert, ist keine Schulraumplanung, sondern ein Hochdruck, der auf den Schulen lastet. Dieser ist nicht gut und es gilt, Lösungen zu finden. Die Tatsache, dass die Schule Schauenberg bereits zwei Jahre nach ihrer Eröffnung zu klein ist, sollte allen die Augen öffnen und klar machen, dass man dringend Interventionen braucht und nicht bis in die ferne Zukunft warten kann. Deshalb beharren wir auf unserem Antrag. Ich weiss, dass für Vera Lang die Situation generell nicht sehr interessant ist und dass es dringend notwendig ist, in der Schulraumplanung nochmals über die Bücher zu gehen, auch im Zusammenhang mit dem neuen Schulhaus an der Georg-Kempff-Strasse. Es braucht mehr Ressourcen – wir müssen in diesen Schulkreis investieren. Das sind wir diesen Kindern und ihren Eltern schuldig.*

S. 320	40	HOCHBAUDEPARTEMENT
	4040	Immobilien Stadt Zürich
	500101	Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto
	5040 00 000	Hochbauten

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat			4 184 000 Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)



1 992 000	2 192 000	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Susanne Brunner (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		Enthaltung	Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Begründung:	Verzicht auf die sehr teure Verschiebung des 3-fach Pavillons vom Schulhaus Ruggächer zum Schulhaus Riedenhalde. Für das Schuljahr 2022/2023 sollen die Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Schauenberg im Schulhaus Ruggächer statt im Riedenhalde unterrichtet werden (Transport mit Shuttle ist kostengünstiger).		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 084.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Luca Maggi (Grüne): *In regelmässigen Abständen und schon fast gebetsmühlenartig sprach sich der Rat in den letzten Jahren gegen das Aufrüsten bei der Videoüberwachung aus. Das Problem: Die Botschaft und der Auftrag sind noch nicht bei der Verwaltung und beim Stadtrat angekommen. Gerade die Stadtpolizei (Stapo), aber auch andere städtische Institutionen wie die Verkehrsbetriebe (VBZ) bauen ihre Videoüberwachung stetig aus und rüsten auf. So geht es nicht. Im Jahr 2022 prüft die Stapo für fünf städtische Videoanlagen eine Rundumerneuerung: bei den Posten Bahnhofbrücke 1, an der Förrlibuckstrasse 59 und 61, an der Schaffhauserstrasse 26 und am Seilergraben 43. Für teure 700 000 Franken für fünf Kamerastandorte sollen die aktuellen Videoüberwachungskameras durch neue ersetzt werden. Für uns ist klar: Bevor die Stadt Zürich neue Videoüberwachungskameras anschafft, braucht es ein Konzept, wie man in Zürich grundsätzlich mit Videoüberwachung weitermachen will. Der politische Auftrag wäre eigentlich klar: Die Stadt Zürich soll die Videoüberwachung nur höchst zurückhaltend und als «Ultima Ratio» einsetzen. Die Videoüberwachung stellt einen grossen Eingriff in die Grundrechte der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher dar und ist sicher nicht das mildeste Mittel, wie bei einem Grundrechtseingriff gefordert. Wir sind deshalb der Ansicht, dass im nächsten Jahr keine Ersatzbeschaffungen gemacht werden sollen. Normalerweise haben wir beim Thema Videoüberwachung eine breite Mehrheit bis hin zur GLP. Die SP unterstützt uns – anders als in Vergangenheit – heute jedoch nicht. Ich danke allen, die sich einen Ruck geben und die ausufernde Videoüberwachung zurückbinden.*

Susanne Brunner (SVP): *Wenn man sich den roten Faden der Budgetberatung ansieht, kommt es mir ein wenig vor, als würde man der Parole «Machen wir aus dem Staat Gurkensalat» folgen. Die Grünen waren gegen Stellen bei der Polizei und sind hier gegen die Schaffung von Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger dank Videoüberwachung. Hier geht es um die Sicherheit, die erste Aufgabe des Staates, und ich plädiere*



daher im Namen der Mehrheit gegen die Verbesserung des Budgets. Nur unzureichend tätig zu sein und sich nicht richtig auszurüsten, wäre verfehlt, unklug und falsch.

S. 333	40 4040 500722 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Stadtpolizei: Ersatz Videoanlagen Hochbauten	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				700 000 Mehrheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
			700 000		0 Minderheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung: Verzicht auf Ersatz der Videoanlagen der Stadtpolizei				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE

Antrag 085.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Jürg Rauser (Grüne): *Beim Antrag 085., eingebracht von den Grünen, geht es um die Erhöhung der installierten Leistung von Photovoltaik. Wir werden darüber nächsten Mittwoch – Stichwort Netto-Null – sicher noch viel diskutieren. Wir fragten, wie man die Kapazität der Photovoltaikleistung der Stadt erhöhen könnte. Die Antwort des Elektrizitätswerks (ewz) lautete, dass nicht primär das Geld das Problem ist, sondern die Flächen, die innerhalb der Planungszyklen zur Verfügung stehen. Wir sind der Meinung, dass man auch ausserhalb der Planungszyklen Flächen zur Verfügung stellen kann. Man muss nicht warten, bis ein Gebäude saniert wird, sondern kann schon vorher Photovoltaik installieren. Steht eine Sanierung an, kann die Photovoltaik auf die eine Seite des Dachs gestellt und die andere Hälfte des Dachs saniert werden. Schlussendlich kann man so die Kapazität der Photovoltaik und der Stromproduktion ab sofort erhöhen. Das*



hat auch Auswirkungen – hier greife ich auf Antrag 086. vor, bei dem es um die 1,8 Millionen Franken geht, die man für den Ausbau zur Verfügung stellt. Im Antrag 085. geht es um die Erhöhung der Steuerungsgrösse «Zubau von Photovoltaik». In der Fahne steht der Betrag von 2800 Kilowatt-Peak (kWp), die Mehrheit wechselt aber auf 2400 kWp. Das entspricht den 1,8 Millionen Franken von Antrag 086. Wir bitten Sie deshalb, der Mehrheit zu folgen und dem sofortigen Ausbau der Photovoltaikanlagen zuzustimmen.

Marcel Müller (FDP): Auch wir sind der Meinung, dass man bei den Photovoltaikanlagen noch ausbauen kann. Wir wissen, dass bereits jetzt mehr gemacht wird, als hier budgetiert ist. Wir wechseln von der Minderheit 2 in die Mehrheit, die den Ausbau auf 2400 kWp anpasst.

Johann Widmer (SVP): Die Minderheit 1 lehnt den letzten verbleibenden Antrag ab und stimmt mit dem Stadtrat, der das schon im richtigen Tempo macht. Angesichts der angespannten Finanzlage sollte man solche unnötigen und ideologisch motivierten Projekte sowieso nicht forcieren. Solaranlagen sind nutzlos und bringen gar nichts. Die Dachflächen der stadteigenen Gebäude bringen gerade einmal 20 Gigawattstunden pro Jahr – bei einem Totalverbrauch der Stadt von 3000 Gigawattstunden pro Jahr. Ein neues Kernkraftwerk wäre viel effizienter und erst noch CO₂-ärmer als die elende Mühe mit den Solaranlagen. Selbst wenn auf jedem Ziegel dieser Stadt eine Photovoltaikanlage steht, werden sie nichts bringen. Egal wie viel Mühe Sie sich machen; die Photovoltaikanlagen sind schlicht ineffizient – und das sagt einer, der die erste grössere Photovoltaikanlage in Zürich gebaut hat.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): Die SP wird den Mehrheitsantrag aufrechterhalten und bleibt bei 2800 kWp. Bei den 2400 kWp handelt es sich um einen neuen Antrag der Grünen. Laut der eigenen, sehr defensiven Strategie will die Stadt bis im Jahr 2030 auf dem Stadtgebiet 120 Gigawattstunden elektrische Energie pro Jahr aus Photovoltaik gewinnen. Für die verbleibenden acht Jahre muss also durchschnittlich jährlich gut 10 000 kWp zugebaut werden. Der Gemeinderat selbst verlangte in einer Motion implizit, dass der Zusatz 30 000 kWp betragen soll. Mit den 2800 kWp könnte das ewz im nächsten Jahr knapp einen Zehntel dazu beitragen. Da wir bei 2800 kWp bleiben, würden wir bei einer Mehrheit einen neuen Antrag auf die notwendigen 2,8 Millionen Franken stellen.

Sven Sobernheim (GLP): Hier wird Symbolpolitik gemacht. Wir haben beim ewz ein Globalbudget, das einen Zielwert vorgibt. Diesen Zielwert wollen auch wir erhöhen und auch wir sind bei den 2400 kWp. Selbst wenn im Antrag 086. mehr Geld eingestellt wird, ist es eine Tatsache, dass wir mit vielen Photovoltaikanlagen vor Bundes- und Verwaltungsgericht sind, weil wir immer wieder einen Interessenkonflikt haben. Es sind zwar nicht so schlimme und lange Verfahren wie bei Windanlagen, aber auch hier müssen wir kämpfen. Wir sprechen hier über das Budget 2022 und nicht über einen Strategieplan wie in der Motion gefordert. Das ist der entscheidende Unterschied. Dass die SP bei 2800 kWp bleiben will, kann ich mir nur durch Symbolpolitik erklären. In den Antworten



des ewz wird deutlich, dass die 2400 kWp einem realistischen Wert entsprechen. Vielleicht will die SP aber auch einfach wieder einmal zeigen, dass sie vermeintlich die einzige und erste grüne Partei in diesem Rat ist.

Johann Widmer (SVP): Hören Sie auf, mit Zahlen um sich zu werfen, die hinten und vorne nicht stimmen. Die Stadt kann nur 20 Gigawattstunden pro Jahr produzieren, selbst wenn sie jeden Quadratmillimeter an Dachflächen mit Solarzellen bebaut. Wenn Sie mehr produzieren möchten, müssen Sie die Privaten zwingen, ihre Dachterrassen und Dachflächen herzugeben, um diesen unsinnigen Mist auf ihre Dächer zu bauen – das wäre typisch für Sie.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Das ewz ist bereits seit langem in der Photovoltaik aktiv. Ich erinnere an das Programm «Mein Solar», das erfolgreich läuft und letztes Jahr mit der ersten hochalpinen Solaranlage ergänzt wurde. Wir fanden sehr schnell Abnehmer für diese Anlage und möchten das weiter ausbauen. Wir haben im Tertialbericht dargelegt, dass wir dieses Jahr im Ausbau nicht 1700 kWp, sondern 2000 kWp erreichen werden und der Wert im Budgetantrag in diesem Sinne nur das abbildet, was wir zum Zeitpunkt des Budgetierens bereits wussten. Wir führten in den Antworten zu den Fragen auch aus, dass wir mit dem Antrag auf 2400 kWp gut leben können. Das ist ebenfalls ein ambitioniertes Ziel, aber aus meiner Sicht ein Ansporn, hier weiterzumachen. Der Antrag auf 2800 kWp hingegen ist unrealistisch. Wir überreichten Ihnen in der Kommission die Photovoltaik-Strategie, in der wir aufzeigen, dass es häufig nicht eine Frage des Geldes ist – wir finden genügend Abnehmer –, sondern eine Frage von genügend Dachflächen. Hier haben wir häufig das Problem, dass zum Beispiel Schulhausdächer, die sich sehr gut eignen, im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz sind und wir diese aufgrund von Rekursen nur sehr beschränkt nutzen können. Insofern gibt es Herausforderungen, wir möchten aber die Möglichkeiten der Strategie nutzen und können mit den 2400 kWp sehr gut leben.

S. 189	45 4530 PG 2	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Energieproduktion Kleinwasserkraft, Wind, Sonne, Biomasse usw. / Steuerungsvorgabe D
--------	---	--

085.	Antrag Stadtrat	Minderheit 1	Stimmen Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
	Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe D «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz (in kWp)» von 1700 auf 2800 anzupassen.	Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)



Die Minderheit 2 der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe D «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz (in kWp)» von 1700 auf 2000 anzupassen.

Minderheit 2 Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Severin Pflüger (FDP)

Begründung: Mehrheit: Der Zubau von Photovoltaikanlagen soll forciert werden und auch auf Gebäuden ausserhalb des Unterhaltszyklus erfolgen; daher soll der Zubau im Vergleich zu 2021 verdoppelt werden
Minderheit 2: Der Ausbau ist unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit zu forcieren.

Jürg Rauser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion folgenden Antrag zum Budget:

S. 189 **45**
4530
PG 2

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
Elektrizitätswerk
Energieproduktion Kleinwasserkraft, Wind, Sonne, Biomasse usw. /
Steuerungsvorgabe D

085a.

Namens der Grüne-Fraktion beantragt Jürg Rauser (Grüne), die Steuerungsvorgabe D «U Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz (in kWp)» von 1700 auf 2400 anzupassen.

Antrag von
Grüne-Fraktion Jürg Rauser (Grüne)

Begründung: Der Zubau von Photovoltaikanlagen soll forciert werden und auch auf Gebäuden ausserhalb des Unterhaltszyklus erfolgen; Die Anpassung auf 2400 kWp entspricht den in Antrag 086. beantragten Kosten.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(1700 kWp)	15 Stimmen
Antrag Mehrheit	(2800 kWp)	48 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(2000 kWp)	0 Stimmen
Antrag Grüne-Fraktion	(2400 kWp)	<u>55 Stimmen</u>
Total		118 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):



11 / 39

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(1700 kWp)	15 Stimmen
Antrag Mehrheit	(2800 kWp)	4 Stimmen
Antrag Grüne-Fraktion	(2400 kWp)	<u>98 Stimmen</u>
Total		117 Stimmen
= absolutes Mehr		59 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Grüne-Fraktion zugestimmt.

Antrag 086.

Jürg Rauser (Grüne) verzichtet auf das Votum der Kommissionsmehrheit.

Kommissionsminderheit:

Marcel Müller (FDP): *Wir wechseln in die Mehrheit.*

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): *Beim letzten Antrag hatte ich ein Aha-Erlebnis. Ich hatte bis anhin nicht verstanden, wo genau der Klimakompromiss liegt, von dem der Tages-Anzeiger auf der ersten Seite schrieb – die Allianz war sich doch einig. Jetzt verstehe ich aber: Es gibt die, die Klimapolitik mit realistischen Zielen machen und 2400 kWp ein realistisches Ziel finden. Zu denen gehören die Freisinnigen durchaus dazu. Dann gibt es aber auch jene, die Klimapolitik für die Tribüne machen, die Medienaufmerksamkeit suchen und dabei irgendwelche unrealistischen Ziele von 2800 kWp produzieren. Die Realisten mussten mit letzteren einen Kompromiss finden.*

S. 348	45 4530 502940 5030 00 000	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Übrige Anlagen Übrige Tiefbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				36 442 100	Minderheit Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Severin Pflüger (FDP)



12 / 39

1 800 000	38 242 100	Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		Enthaltung	Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Investitionen für den Ausbau Photovoltaik auf 2800 kWp

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 087.

Kommissionsreferent:

Dr. Florian Blättler (SP): Die FDP stellte unterschiedliche Anträge, um Geld zu sparen. Eine Kategorie liess sie dabei aber komplett aus: die Eigenwirtschaftsbetriebe. Die FDP hat an ihnen kein Interesse, weil sie für das Defizit oder die Gewinne der Stadt irrelevant sind, da sie auf eigene Rechnung wirtschaften. Dabei vergisst sie, dass auch diese Gelder von den Bewohnerinnen und Bewohnern und dem Gewerbe der Stadt kommen. Die Steuerzahler müssen bei Fehlkalkulierungen – wie bei den 108 Millionen Franken bei der Fernwärme 2001 – für ihre Fehler geradestehen. Die Kundenanfragen beim Elektrizitätswerk (ewz) unterliegen gewissen Schwankungen, gerade um Umzugstermine herum gibt es mehr Anfragen. Die erhöhte Nachfrage wurde durch externe oder temporäre Arbeitskräfte gedeckt, die Kosten stiegen von 160 000 Franken im Jahr 2019 auf geschätzt 230 000 Franken dieses Jahr. Für nächstes Jahr beantragt das ewz mehr als doppelt so viel für diese Dienstleistung. Für 165 000 Franken ist eine Zusammenarbeit mit den VBZ geplant. Verstehen Sie mich nicht falsch; ich unterstütze die Zusammenarbeit zwischen VBZ und ewz sehr gerne und finde es insgesamt sinnvoll, verstärkter zusammenzuarbeiten. Uns stört aber die enorme Steigerung der Kosten. Wir werden neu eine Kürzung um 20 Prozent beantragen, die 93 000 Franken entspricht. Wir anerkennen, dass die neue Zusammenarbeit zwischen VBZ und ewz gewisse Unsicherheiten mit sich bringt, wir erwarten jedoch, dass die Kosten längerfristig nicht weiter steigen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.



STR Michael Baumer: *Das ewz will seinen Kundinnen und Kunden einen guten Service bieten. Dazu gehört die telefonische Erreichbarkeit mit kurzen Antwortzeiten. Wir müssen in den Spitzenzeiten viele Anfragen entgegennehmen und möchten mit einem knappen Personalbestand flexibel bleiben. Um die Spitzenlast abzudecken und stadintern Synergien zu nutzen, sind wir mit den VBZ eine Kooperation eingegangen. In der Begründung in der Fahne wird von der Nutzung von Synergien gesprochen – genau das tun wir hier! Im Jahr 2021 hatten wir 20 Prozent mehr Kundenanfragen als im Jahr 2020. Wir hatten zu wenig Ressourcen und konnten die Kundenanliegen nicht rechtzeitig beantworten. Die Kundenzufriedenheit ging im letzten Jahr bei der Frage zum Service deutlich zurück. Deshalb müssen wir die Ressourcen ausbauen. Wir gehen zudem davon aus, dass wir nächstes Jahr wegen der neuen Solarstrategie und dem Ausbau der thermischen Netze mehr Kundenanfragen haben werden. Die Kostensteigerung beträgt 30 Prozent. Sie argumentieren nun, dass 20 Prozent ausreichen. Wird das Geld nicht gebraucht, wird es aber auch nicht ausgegeben. Wir könnten natürlich auf den Telefonbeantworter sprechen: «Leider können wir Ihren Anruf nicht entgegennehmen. Wir haben das Geld vom Gemeinderat nicht bekommen.» Das ist nicht die Idee. Es ist ein wenig stossend, wenn bei einem Globalbudget von 1,2 Milliarden Franken in ein solch operatives Detail eingegriffen wird. Das macht die Umsetzung schwierig. Wir haben nichts dagegen, auch in den Eigenwirtschaftsbetrieben zu sparen. In diesem Fall kann aber nicht einfach beim Saldo gespart werden. Sie müssten sagen, welche Steuerungsgrösse Sie anpassen möchten. Dieser Antrag widerspricht aus meiner Sicht deshalb etwas dem Geist und Zweck eines Globalbudgets.*

S. 177	45 4530 PG 3	DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE Elektrizitätswerk Netzbetrieb				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				-5 092 800	
			93 000		-5 185 800	Zustimmung
						Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Enthaltung
						Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Keine Kostensteigerung beim Kundendienst, Nutzung von Synergien			

Dr. Florian Blättler (SP) beantragt für den Antrag der RPK neu eine Kürzung um 93 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 70 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 088.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Florian Blättler (SP): Ein immer grösser werdender Geschäftszweig des Elektrizitätswerks (ewz) sind Energiedienstleistungen. Für die Erzeugung von Kälte und Wärme werden riesige Energiemengen benötigt. Im Hinblick auf Netto-Null ist es entsprechend wichtig, dass ein Grossteil davon CO₂-neutral erzeugt werden kann. Seit dem Jahr 2018 liegt der Wert bei den Energiedienstleistungen bei über 75 Prozent. Das sollte sich unserer Meinung nach auch in den Vorgaben widerspiegeln. Wir beantragen deshalb eine Steigerung der Steuerungsgrösse von bisher «über 70» auf «über 75» Prozent.

Johann Widmer (SVP): Die Veränderung von Steuerungsgrössen hat immer Kostenfolgen. Das wagt aber niemand auszusprechen. Der Stadtrat tut gut daran, solche Projekte hintenanzustellen. Wir stimmen selbstverständlich dagegen. CO₂-neutrale Kälte und Wärme kostet mehr und ist ein unmerklicher Beitrag an einen irgendwie herbeifantasierten Klimawandel. Die Stadt Zürich ist auf der Weltkarte völlig irrelevant. Die meisten Erdbewohner wissen nicht einmal, dass es uns gibt und haben ganz andere Probleme als den CO₂-Wert. Wenn wir mit der Finanzpolitik so weitermachen, wird es bald auch in der Stadt Zürich andere Themen als Geldverschleuderung mit CO₂-Fantasien geben.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Ich möchte das Votum meines Vorredners für nächste Woche vormerken. Die SVP spricht von einem herbeifantasierten Klimawandel – es herrscht bei der SVP offensichtlich doch nicht einstimmig die Meinung, dass es eine Klimaveränderung gibt. Es gibt offensichtlich durchaus auch in der SVP Menschen, die nicht an den Klimawandel glauben.

S. 204 45 DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
 4530 Elektrizitätswerk
 PG 5 Energiedienstleistungen / Steuerungsvorgabe D

088.	Antrag Stadtrat	Minderheit	Stimmen Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
	Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe D «U produzierte Wärme/Kälte CO ₂ -neutral resp. -frei in %» von >70 auf >75 anzupassen.	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)



Begründung: Der Anteil CO₂-neutral produzierter Wärme/Kälte lag in den vergangenen Jahren stets über 75 %. Es muss das Ziel sein, diesen Anteil weiter zu steigern. Dies sollte sich auch in der Steuerungsvorgabe widerspiegeln.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Antrag 089.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Selina Walgis (Grüne): Die Grünen beantragen eine Verdoppelung der Stelle «Fachspezialistin Migration und Schule». Das entspricht einer Erhöhung von 70 Prozent auf 140 Prozent. Die Stelle umfasst unter anderem die Beratung in Integrationsfragen, Rassismusbekämpfung, Deutsch als Zweitsprache (DAZ) und Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK). Im Bereich HSK und DAZ gibt es zahlreiche Baustellen und viel zu tun. Das zeigte auch die Antwort des Stadtrats auf die schriftliche Anfrage von Balz Bürgisser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) zur Verteilung der DAZ-Ressourcen. Die Antworten zeigen leider, dass bis jetzt viel zu wenig dafür eingestanden wird, dass DAZ-Schülerinnen bekommen, was ihnen offiziell zustehen würde: nämlich zwei Stunden Unterricht pro Woche in Deutsch als Zweitsprache. Auch die Zusammenarbeit zwischen der HSK-Lehrperson, der Klassenlehrperson und der DAZ-Lehrperson sollte gestärkt werden. Das ist ein grösseres Projekt und nicht ganz einfach umzusetzen. Ausserdem soll der Stellenumfang auch dem Wachstum der Schülerinnenanzahl und der Anzahl Schülerinnen und Schüler, die zuhause eine andere Sprache als Deutsch sprechen, gerecht werden. Ich bin mir sicher, dass der Betrag für die Stellenerhöhung sehr gut investiert ist. Es ist dringend nötig, dass die Stelle aufgestockt wird – nicht zuletzt, weil in den vergangenen Monaten klarer wurde, wo die Baustellen sind und wo angesetzt werden kann. Jetzt geht es an die Umsetzung. Es ist wichtig, dass die DAZ-Ressourcen fair verteilt werden und die Lernenden auf ihre Kosten kommen.

Stefan Urech (SVP): Es ist ein ehrliches Vorgehen von den Grünen, nicht den RPK-Sprecher zu schicken, sondern die Person, die in dieser Branche arbeitet. Meist wird Klientelpolitik versteckt und jemand anderes vorgeschickt, der dann Stellen für die eigenen Leute schaffen soll. Heute fordert aber die Person, die selbst DAZ-Lehrerin ist, mehr Stellen für ihren eigenen Arbeitsbereich. Das ist ehrlich. Es geht hier darum, den Stellenapparat weiter aufzublasen. Man hat die Hoffnung, dass man mit mehr Geld und mehr Angestellten die Probleme in den Schulen lösen kann. Am Ende des Tages ist es



aber leider nicht ganz so einfach. Es braucht die intrinsische Motivation der Schülerinnen und Schüler. Die Situation ist vergleichbar mit früher, als es ganz viele Migrantinnen und Migranten gab, die es ohne einen riesigen Apparat schafften – nicht nur aus der Mittel- und Oberschicht, sondern auch aus der Unterschicht. Ich kenne persönlich Menschen, die es mit purem Willen geschafft haben – ohne unzählige Personen, die sich in der Schule um sie gekümmert haben. Dass dies möglich ist, geht ab und zu etwas vergessen, wenn wir hier versuchen, alle Probleme über mehr Stellen zu lösen.

Weitere Wortmeldung:

Përparim Avdili (FDP): *Dieser Antrag sollte eigentlich auch im Interesse der bürgerlichen Parteien sein. Die FDP stimmt dem Antrag zu, weil es ein sinnvoller Einsatz von Ressourcen zur Überwachung der bereits eingesetzten Ressourcen im DAZ-Bereich ist. Es gibt sicher Personen, die es ohne die von DAZ angebotene Unterstützung schaffen. Wir wissen aber selbstverständlich auch, dass es die Unterstützung von DAZ braucht. Mit der neu geschaffenen Stelle soll besser überwacht und kontrolliert werden, wie die bestehenden Ressourcen effektiver eingesetzt werden können, damit kein Ausbau stattfindet. Der einzige Ausbau findet jetzt in diesem spezifischen Bereich statt.*

S. 365	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
089.	Antrag Stadtrat				240 324 100	Minderheit
				50 000	240 374 100	Mehrheit
			Begründung: Stellenerhöhung der Fachspezialistin Migration und Schule um 70 % auf 140 %			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Gemeinsame Behandlung der Anträge 090. und 091. (Postulat GR Nr. 2021/462).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4652/2021): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) beantragt, das Budget für kommunale Stellenlöhne im Schulamt um 2 Millionen Franken zu erhöhen, um per Schuljahresbeginn 2022/23 siebzig zusätzliche Vollzeitstellen für Schulassistenzen zu ermöglichen. Wir bewilligten in den letzten Jahren in diesem Bereich wiederholt Stellen, weil die Schulassistenzen die einzige Disziplin sind, die die Schulleitungen flexibel zwischen Betreuung und Unterricht einsetzen können. Der Pool ist unheimlich wichtig im Hinblick auf die Realisierung der Tagesschule, deren zentraler Inhalt es ist, dass Betreuung und Unterricht zusammengeführt werden. Interdisziplinäre Teams stellen sicher, dass beide Dimensionen der Tagesschule gewährleistet werden können. Der Pool ist zudem wichtig, weil gerade die Personen in der Betreuung durch die unterschiedliche Belastung über den Tag und die Woche hinweg mit der Einführung der Tagesschule an vielen Arbeitstagen zu sehr tiefen Pensen arbeiten müssen. Wir werden diese Problematik nur lösen können, wenn wir den Einsatz von Betreuungspersonal auch im Unterricht ermöglichen können. Wir beantragen 70 Stellen, weil in einem relativ einmaligen Vorgang im Stellenplan vom letzten Jahr beim Antrag für das Budgetjahr 2022 im Schulamt (SAM) rund 35 Stellen für Klassenassistenzen mit dem Argument gestrichen wurden, dass diese im September nicht besetzt waren. Die Mehrheit findet diesen Vorgang ausserordentlich problematisch, insbesondere auch, weil die Kreis- schulpräsidien davon keine Kenntnis hatten. So wurden die zur Verfügung stehenden Ressourcen für die gewünschten Klassenassistenzen für das Schuljahr 2022/23 reduziert. Das möchten wir nicht. Deshalb schlagen wir einmalig vor, den Stellenplan um 70 Stellen zu erhöhen. Wir sind der Meinung, dass der Pilotbetrieb Schulassistenzen weitergeführt werden soll und möglichst viele der Stellen als Schulassistenzen eingesetzt werden sollen. Es soll zudem möglich sein, dass neuerdings auch Fachfrauen und -männer Betreuung (FaBe) die Stellen übernehmen. Würden in weiteren Schritten 35 Stellen pro Jahr bewilligt werden, ermöglichte das bis im Jahr 2026/27 das Ziel von rund 310 Schulassistenzen zu erreichen. Das entspricht dem vom Volksschulamt empfohlenen Maximum. Wir sind froh, wenn das Schulamt künftig nicht aufgrund von Septemberzahlen an diesem Stellenplan herumschreibt und nicht besetzte Stellen aus dem Stellenplan streicht. In künftigen Diskussionen und Budgetdebatten müssten wir dann nicht mehr über die genauen Zahlen diskutieren. Das Postulat, das im Prinzip den Antrag zum Stellenplan konkretisiert, fordert die Erreichung des Richtwerts des Volksschulamts bis ins Schuljahr 2026/27 – pro sechs Schulklassen die Schaffung einer Vollzeitstelle Schulassistentenz. Es ist uns sehr wichtig, dass FaBe auch als Schulassistenzen eingesetzt werden können, und zwar zum Lohn, den sie als FaBe verdienen. Im Moment arbeiten in der Betreuung drei Gruppen; Assistenzen, Betreuungsassistenzen und FaBe. Laut der städtischen Lohn-tabelle gibt es einen Lohnunterschied von 65 000 Franken in der tiefsten Gruppe und 71 000 Franken Jahreslohn in der mittleren Stufe. FaBe erhalten einen nicht sehr üppigen Lohn von 76 000 Franken. Es muss sichergestellt werden, dass sie zum normalen Lohn eingesetzt werden. In der Tagesschule werden über Mittag am Montag und am Freitag viele Ressourcen gebraucht, während in der anderen Zeit



wenig Ressourcen benötigt werden. Trotzdem sollen sinnvolle Arbeitspensen mit einem normalen Lohn zum Leben angeboten werden können. Die Belastungen sind hoch, die Personen unheimlich wichtig für den Erfolg der Tagesschule. Es freut mich, dass seit der gestrigen Meldung im Tages-Anzeiger auch STR Filippo Leutenegger die Vorschläge unterstützt.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den Antrag der Minderheit und stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: Mit den Schulassistenzen wurde eine neue Kategorie von Assistenzen geschaffen. Wir haben nun vier Arten von Assistenzen in den Schulzimmern. Wir haben vor über einem Jahr gefordert, dass man die Betreuungsangestellten unkompliziert als Klassenassistenzen einsetzen kann. Das Schulamt sagte damals, das ginge wegen der unterschiedlichen Löhne nicht. In Folge wurde einfach eine neue Berufsbezeichnung geschaffen, die auf dem Papier mit noch ein paar zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet ist und mit 8000 Franken mehr Lohn pro Stelle vergoldet wurde. Es gibt nun also vier unterschiedliche Assistenzarten, die eigentlich alle dasselbe machen. Die Lohnkostensteigerung reicht aber offensichtlich nicht, weil jetzt je nach Lesart 35 oder 70 zusätzliche Stellen auf Vorrat geschaffen werden sollen. Bei einem Vollausbau wären das 300 Stellen pro Jahr. Der Kostenpunkt liegt bei rund 30 Millionen Franken pro Jahr für immer – das ist mehr als ein Steuerprozent. Der Nutzen dabei ist unklar; die offizielle Begründung ist die Umstellung auf die Tagesschule. Diese Begründung funktioniert aber nicht. Die Unterrichtssituation in den Tagesschulen verändert sich nicht, es sind die gleichen Fächer, die gleichen Kinder und die gleichen Bedürfnisse wie vorher. Auch sind die Ressourcen gemäss Schuldepartement noch nicht ausgeschöpft. Auch an meiner Schule sind die Ressourcen für dieses Jahr noch nicht ausgeschöpft. Es geht hier offensichtlich darum, einfach neue Stellen zu schaffen – Ihre Lösung für jegliches Unbehagen in der Volksschule. Ich finde das denkfaul. Von mir erhalten Sie die Note 1. Die Notengebung ist mit ein Grund dafür, warum es in vielen Schulhäusern zwischen den Lehrern und den Betreuungspersonen gärt. Ich bitte Sie aufgrund meiner langen beruflichen Erfahrung in der Tagesschule dringend darum, auf die zusätzlichen Stellen zu verzichten, wir brauchen sie nicht. Brauchen einzelne Schulkreise mehr Ressourcen, können sie dort entnommen werden, wo sie übrigbleiben.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wenn man den Bericht der RPK und auch die Berichterstattung liest, versteht man nicht, worum es hier eigentlich geht. Da wir im Budget die Entscheidung zwischen einer Verschlechterung und dem Stadtratsweg haben, ist die GLP bei der Minderheit und beim Stadtrat. Wir konnten die Diskussion zwischen dem Referenten der RPK für das Schuldepartement und dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements nicht wirklich verstehen – genauso wenig die Detailzahlen, die im Tages-Anzeiger nochmals durch den Fleischwolf gehen. Ehrlicher Weise muss ich sagen, dass ich bis jetzt nicht verstanden habe, ob Stellen gestrichen und Leute entlassen oder einfach nicht eingestellt wurden.



Renate Fischer (SP): Ziel ist es, dass im Lebensraum Schule Unterricht und Betreuung zusammenwachsen. Seit dem Jahr 2019 gab es mehrere Vorstösse, die den Schulen zusätzliche, flexibel im Unterricht und in der Betreuung einsetzbare Ressourcen zur Verfügung stellen wollen. Dieses Anliegen überwiesen wir damals gemeinsam mit der FDP. In den ersten Jahren erwies sich unser Anliegen als sehr schwierig. Mittlerweile haben sich die Schulassistenzen, die im Unterricht und in Betreuungseinheiten eingesetzt werden können, etabliert. Dadurch können einerseits dem Personal tiefere Arbeitspensen angeboten werden und andererseits haben die Kinder im Unterricht und in der Betreuung die gleichen Bezugspersonen. Mit der Einführung von Tagesschulen und der integrativen Förderung stehen die Schulen vor grossen Herausforderungen. Auch in den Regelschulen gibt es immer wieder Klassen, die in einzelnen Situationen Unterstützung benötigen. Umso wichtiger ist es, dass wir für alle diese Herausforderungen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Wir erhalten öfters die Rückmeldung, dass Schulen zu wenige Assistenzen haben. Die SP unterstützt die Stellenerhöhung bei der Schulassistenten sowie auch die Forderung, dass Fachpersonen Betreuung zu ihrem bisherigen Lohn im Unterricht eingesetzt werden sollen.

Walter Angst (AL): Auch ich brauchte fünf Lesungen um zu verstehen, was hier genau passiert ist. Es wurde niemand entlassen, aber die Ressourcen, die in der Budgetdebatte 2021 geschaffen wurden, wurden wieder reduziert. Wir kennen die Problematik mit der Stellenschaffung im Auftrag des Stadtrats mit dem von uns beschlossenen Budget. Diese Dualität versteht wahrscheinlich niemand auf den ersten Blick. Auf der Stufe des Schulamts (SAM), wo es um die Verteilung auf die Schulkreise geht, gibt es noch einmal eine Komplexitätsstufe mehr. Deshalb baten wir im RPK-Bericht Schulamt und Human Resources Management (HRZ) Anstrengungen zu unternehmen, damit man den Überblick auch unter dem Jahr nicht verliert und wir in Zukunft nicht mehr so viele Fragen stellen müssen. Ich bin optimistisch, dass dies möglich sein wird. Allerdings wird es im SAM mit städtischen und kantonalen Stellen und drei Konten immer eine gewisse Komplexität geben. Das bringt das System mit sich. Ich hatte mich über den Vorstoss von Yasmine Bourgeois (FDP) gefreut, mit dem die Möglichkeit geschaffen werden sollte, interdisziplinär zusammenzuarbeiten. Leider wurde der Vorstoss nicht weiterverfolgt und der Versuch mit «FaBepus» wieder abgebrochen. Will man Tagesschulen nicht nur für Eltern zum Erfolg machen, sondern auch für die Lernchancen der Schülerinnen und Schüler und das Personal, das attraktive Arbeitsbedingungen braucht, so stehen die Tagesschulen vor zusätzlichen Herausforderungen. Für die Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen Unterricht und Betreuung kann man nicht einfach mit dem Konzept Tagesschule light weiterfahren. Die Praxis hat gezeigt, dass das nicht funktioniert. Auch die Intervention von sieben Kreisschulpräsidenten zeigt glasklar: wir brauchen die Mittel. Die Betreuungsassistenzen sind der Weg, wie wir den Schuleinheiten mit dem heutigen System Ressourcen zur Verfügung stellen können. Wir fällen heute einen Richtungsentscheid, ob wir die Tagesschule möchten, die für die Eltern, das Personal und die Schülerinnen und Schüler einen Vorteil bringt. Es geht um eine Reform, die in anderen nördlichen Ländern irgendwann zwischen 1970 und 1990 eingeführt wurde. Die Schweiz hinkt auch in diesem Punkt etwa 40 Jahre hinterher. Wollen wir erfolgreich in die Zukunft gehen und soll sich der Standard Zürich positiv weiterentwickeln, müssen wir diesen Schritt machen.



Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Schulassistenzen stärken die Volksschule. Eine Schulasistenz ist in der Stadt Zürich als eine Verschmelzung von Klassenassistenten und pädagogischer Betreuungsassistenten definiert. Sie kommen in grossen oder sehr heterogenen Klassen oder Hortgruppen zur Entlastung der Lehr- oder Betreuungspersonen zum Einsatz. Insbesondere begleiten sie die Schülerinnen und Schüler mit speziellen pädagogischen Bedürfnissen. Sie können den Schülerinnen und Schülern im Notfall, wenn eine Lehrperson ausfällt, einen Lehrauftrag erteilen und sie beaufsichtigen. Seit Jahren liegen uns die Schulpflege und die Schulleitungen mit der Forderung nach mehr Klassenassistenten in den Ohren, um die Lehrpersonen zu entlasten und die Integrationskraft der Volksschule zu stärken. Die Schulleitungen und die Leitung Betreuung fordern zudem, dass die Arbeitszeiten des Betreuungspersonals verbessert werden, indem die Pensen erhöht und kompaktere, weniger gestückelte Arbeitszeiten geschaffen werden. Beide Forderungen können mit zusätzlichen Schulassistenten erfüllt werden, weil sie im Unterricht und in der Betreuung eingesetzt werden können. Das Pensum kann also genügend gross sein, weil eine Fachangestellte Betreuung neben ihrer Tätigkeit im Hort eine Zusatzanstellung als Schulassistentin ausüben kann. Der einzige Wermutstropfen bei einer solchen Doppelanstellung ist, dass eine FaBe bei ihrem Job als Schulassistentin in der Lohnskala eine Funktionsstufe tiefer eingereiht ist. Hier besteht aus Sicht der Grünen Handlungsbedarf. Im Hinblick auf die flächendeckende Einführung der Tageschulen sollte diese Ungereimtheit umgehend behoben werden. Was haben die zusätzlichen Stellen Schulassistenten für pädagogische Vorteile für die Kinder? Manchmal gehen die Kinder in den Diskussionen über Schulen vergessen, wir Grünen denken auch an sie. Die Kinder erleben die gleiche Ansprechperson im Unterricht wie im Hort. Die Klassenlehrperson und die Hortleitung werden entlastet und können sich situativ vermehrt um die pädagogischen Bedürfnisse einzelner Kinder kümmern. Insbesondere um Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen mit Bildungsrückständen, die die Volksschule aufholen sollte. So tragen die geforderten zusätzlichen Schulassistentenstellen zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit an der Volksschule bei, das ist ein grünes Kernanliegen. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Budgetantrag und das Begleitpostulat.

Stefan Urech (SVP): Ich war als Kind bei Balz Bürgisser (Grüne) im Mathematikunterricht und ich bin mir nicht sicher, ob meine Mathematiknote besser geworden wäre, wenn wir gemeinsam zu Mittag gegessen hätten. Ich verstehe beim besten Willen nicht, warum Mathematik oder französische Grammatik mehr Sinn ergeben sollten, nur weil die Lehrperson neben mir zu Mittag isst. Den pädagogischen Wert davon verstehe ich nicht ganz. Sie sprechen immer von Bildungschancen, ohne erklären zu können, was das zu den Bildungschancen beitragen soll. Samuel Balsiger (SVP) und ich reichten eine schriftliche Anfrage ein, in der wir wissen wollten, wie sich die Ausgaben pro Schülerin und Schüler in der Stadt in den Jahren 2004 bis 2014 entwickelt haben: sie stiegen um 35 Prozent! Die neusten Zahlen kennen wir nicht, aber man kann davon ausgehen, dass es im gleichen Trend weiterging. Ein Blick in die Schulzimmer lässt aber anderes vermuten; bei der technischen Ausrüstung sind wir im Vergleich zu anderen Gemeinden relativ bescheiden ausgerüstet. Es ist peinlich, wie viele Schulzimmer keinen fix installierten Beamer haben. Das Geld geht nicht in die Infrastruktur, sondern in immer mehr



Stellen und Stellenbezeichnungen. Ich habe grundsätzlich nichts gegen Klassenassistenten; ich bin selbst hin und wieder froh, sie gezielt einsetzen zu können. Das Gerede von der Erhöhung der Bildungschancen glaube ich aber nicht – die Stellen erhöhen vor allem Ihre Wahlchancen. Man muss sich überlegen, wie die Gelder in der Bildung eingesetzt werden können, damit sie wirklich bei den Schülern und im Klassenzimmer ankommen. Fragen Sie die Schulpflegerinnen und Schulpfleger, ob sie die 35 Prozent Mehrausgaben pro Schüler und Schülerin auch spüren. Gerade auf der Sekundarstufe hat das zunehmende Bedürfnis nach Klassenassistenten auch damit zu tun, dass Sie um jeden Preis alle Niveaus miteinander vermischen möchten. Die meisten kennen noch das System einer Sekundarschule, einer Realschule und einer Oberschule. Eine Zeit lang gab es Sek A, B und C, bis dann plötzlich die Sek C aufgelöst wurde und schliesslich die Sek A und Sek B zusammengelegt wurden. Jetzt sitzen alle im gleichen Zimmer. Als Folge braucht es statt einer drei bis vier Betreuungspersonen, die im Zimmer umherschwirren. Ob das wirklich sinnvoll ist, wird die Zukunft zeigen. Bis jetzt sieht es aber nicht danach aus, als würde sich der Lernerfolg mit Ihrer Strategie stark verbessern.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Vor weniger als einem Jahr wurden auf Antrag von Balz Bürgisser (Grüne) 28 Stellen für Aufgabenhilfen beschlossen. Ich sagte damals, dass dies ein falscher Entscheid ist. Wir fanden aber eine Lösung und wandelten die Stellen in Klassenassistenten um. Als ich begann, gab es keine einzige Klassenassistentin in der Regelschule. Die Notwendigkeit von Klassenassistenten entstand vor allem im Kindergarten, wo sie in den ersten Wochen gebraucht wurden. Die Stellen wurden eingeführt und die Lehrpersonen in Klassenassistenten umgewandelt. Den von Walter Angst (AL) erwähnten Antrag zur Streichung der 35 Stellen kenne ich nicht – es existiert kein solcher Antrag zur Streichung der 35 Stellen. Wir haben aktuell 90 Stellen als Klassenassistenten in den Zürcher Schulen. Ich war immer der Meinung, dass wir dieses Pilotprojekt massiv ausbauen müssen. Wir müssen wissen, wie wir mit den Personen umgehen – wer führt sie, wer beurteilt sie? Wir sprechen von vielen Personen, die auf das Schulsystem zukommen. Wir müssen sehen, wie sich das entwickelt. Wenn die Mehrheit 70 Stellen mehr fordert, versuchen wir diese einzustellen. Ich bin nicht gegen Schulassistenten, die Frage ist aber, in welchem Tempo wir vorwärts machen. Wir müssen sehen, dass wir uns auf der Strecke nicht selbst überholen. Es gibt doch einige Probleme; denken Sie an die Schulleitungen, die bereits heute einen unglaublichen Druck mit der Führung der vielen Teilzeitlehrpersonen, Klassenassistenten und Schulassistenten haben. Es ist auch noch nicht klar, wo wir die Klassenassistenten unterstellen. Wir müssen bei solchen Aktionen etwas vorsichtig sein und ich bitte Sie, auf die Zürcher Schulpflege (ZSBP) zu hören. Der Antrag kommt nicht von mir. Die 35 Stellen waren ein Prognosefehler des Schulamts und kein Antrag zur Streichung. Wir haben in diesem Bereich nie Stellen gestrichen. Ich verstehe die Versuchung, selbst operativ einzugreifen. Sieben Personen der ZSBP sind in den Schulkreisen vertreten und diese verstehen etwas vom Geschäft. Wenn wir etwas beschliessen, dann ist das immer auch Resultat einer politisch genehmen Mehrheit. Der Schulvorsteher hat dabei nicht sehr viel zu sagen. Ich bitte Sie, den Sachverstand, der bei der ZSBP als Behörde vorhanden ist, ernst zu nehmen und nicht überall hineinzufunken – das kommt nicht immer gut an. Letztes Jahr*



hatten wir 28 Stellen für Hausaufgaben, die wir so nicht brauchen konnten und die dann in Klassenassistenzen umgewandelt wurden. Ich wäre froh, wenn die Konsultationen mit den Spezialistinnen mit Führungsverantwortung berücksichtigt würden. Bei den Klassenassistenzen rennen Sie sowieso offene Türen ein. Es geht mir um das Tempo; wir müssen das Vorhaben auch bewältigen können. In diesem Sinne unterstützt der Stadtrat das Postulat, auch die ZSBP beschloss das so. Die Tagesschule ist auch mir ein wichtiges Anliegen, aber die Schulassistenzen haben mit der Tagesschule nicht wahn-sinnig viel zu tun. Der Kindergarten ist in der Regelschule genauso wichtig wie in der Tagesschule. Es geht vor allem um die Kinder und wir müssen alle für deren Wohl sorgen. Das ist eine Aufgabe, die mit Bedacht gelöst werden muss. Nicht alles, was gut gemeint ist, wird immer gut.

S. 365	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				240 324 100 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Re- ferent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				2 000 000	242 324 100 Mehrheit	Walter Angst (AL) Refe- rent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Flo- rian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fi- scher (SP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	70 Vollzeitstellen (VZE) Schulassistentz per Schuljahrbeginn 2022/2023, zusammengesetzt aus 35 VZE (gemäss GR-Beschluss zum Budget 2021 für das Schuljahr 2021/2022, die auf Antrag des VS SSD per 01.01.22 wieder aus dem Stellenplan gestrichen wurden) plus 35 VZE für den planmässigen Ausbau der Schulassistenzen bis zum Schuljahr 2026/2027 (1 VZE pro 6 Klassen, ca. 320 VZE). Jahreslohn für Schulassistentz Fr. 71 200 für 5 Monate.			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 092.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Eine weitere Baustelle in der Tagesschule ist der beschleunigte Abbau von Personalressourcen für die Mittagsbetreuung. Das zeigt sich auch in kritischen Voten des Betreuungspersonals in diversen Schulkreisen. Sie sind die Folge eines Teils der Beschlüsse, die wir im Zusammenhang mit der Versuchsphase 2 der Tagesschule 2025 gefällt haben. Ziel war es, in der zweiten Phase die für Lohnkosten eingesetzten Mittel von 19 Franken auf 16 Franken zu reduzieren. Das entspricht einer erheblichen Reduktion. In einem ersten Schritt wurde der Betrag auf Beginn des Schuljahres 2021/22 auf 18 Franken reduziert, auf Schuljahresbeginn 2022/23 soll der Satz nun nochmals um einen Franken auf 17 Franken reduziert werden. Die Rechnungsprüfungskommission beantragt in der gegenwärtigen, kritischen Phase zur Vollausrollung der Tagesschule, auf die Reduktion zu verzichten, und insgesamt Mittel von 27 Franken statt 26 Franken für die Mittagsbetreuung, beziehungsweise 18 Franken statt 17 Franken für die Lohnkosten im Budget einzustellen.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wie die Antworten des Stadtrats zeigen, entfallen weiterhin sehr wenige Kinder auf eine Betreuungsperson – über Mittag, aber auch sonst. Bei der Nachmittagsbetreuung fallen auf eine Betreuungsperson gerade einmal sechs Kinder. So viele Kinder betreue ich privat nebenbei zuhause, wenn alle meine Kinder einen Freund mitbringen. Eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels, also eine Senkung der Kosten pro Betreuungseinheit, ist damit mehr als gerechtfertigt. Über Mittag findet die Betreuung hauptsächlich beim Mittagessen statt. Es ist den Kindern doch egal, ob eine oder zwei Personen neben ihnen stehen, während sie essen. Auch die Zeit vor und nach dem Essen ist so kurz, dass die Kinder sie brauchen, um runterzufahren und nicht, um pädagogisch berieselt zu werden. Meine Erfahrung als Lehrerin in der Mittagsbetreuung hat gezeigt, dass die Kinder gerne im Schulzimmer zusammensitzen und miteinander reden oder lesen. Auch auf dem Pausenplatz braucht es nicht zehn Personen, die sich um die Kinder kümmern. Während der Zehn-Uhr-Pause gibt es nur eine Lehrperson, die sich um hundert Kinder kümmert – weshalb braucht es dann beim Mittagessen 20 Betreuungspersonen für so wenige Schüler? Hier wird Geld im grossen Stil verschwendet und die ursprünglich angedachte Tagesschule light wird so schleichend zur Tagesschule vollfett. Das Versprechen an die Bevölkerung wird damit gebrochen. Wer seine Herausforderung nur mit mehr Geld lösen kann, macht seinen Job nicht richtig.

Weitere Wortmeldungen:

Roland Hurschler (Grüne): Die Einführung der flächendeckenden Tagesschule 2025 stellt die Stadt Zürich vor grosse Herausforderungen. Deshalb können wir Grünen weitere Personalkürzungen in der Mittagsbetreuung nicht unterstützen. Auch im Jahr 2025 werden ausserhalb der regulären Schulstunden nicht genügend Räume für die Betreuung der wachsenden Schülerinnenzahl zur Verfügung stehen. Die Schulraumplanung hat es in den letzten zehn Jahren verschlafen, die entsprechenden Räume zu schaffen. Auch bei der Planung von Grosssiedlungen gingen diese Räume meist vergessen. Wir



haben deshalb über Mittag einen eng getakteten Schichtbetrieb. Um das zu koordinieren, braucht es gut ausgebildetes und genügend Personal. Die Kinder sollen feste Beziehungen zu ihren Betreuungspersonen aufbauen, nur so ist die Mittagspause für die Kinder erholsam und gewinnbringend. Andernfalls führen die Mittagpausen an der Tagesschule zu zusätzlichem Stress für die Kinder. Jeder Krankheitsausfall oder Stellenwechsel bei den Lehrpersonen sorgt bei den Kindern für Aufregung. Do-it-yourself-Konzepte aus der Privatwirtschaft können nicht auf Primarschüler und Primarschülerinnen übertragen werden. Trotzdem wollen das Schulamt und ihr Vorsteher solche in der Schule einführen. Massgebliche Kürzungen wären nur möglich, wenn sich die Kinder beispielsweise selbst organisieren und für die Mittagspause anmelden. In der Realität müsste dann die Lehrperson die Kinder auf Kosten ihrer eigenen Zeit und anderer pädagogischer Aufgaben unterstützen. Schliesslich würde die Senkung bei den Gesamtkosten bei den gebundenen Mittagpausen auch das Betreuungsverhältnis verschlechtern. Der Anteil an gut ausgebildetem Betreuungspersonal würde sinken. Das hat die Auswertung der zweiten Phase des Pilotversuchs Tagesschulen gezeigt, bei der man 30 Schulen befragte. 40 Prozent der Schulen bemängelten, dass sie zu wenig Personal und zu wenig qualifiziertes Personal für die Aufsicht und Betreuung über Mittag haben. Aus diesen Gründen stimmen wir Grünen ganz klar mit der Mehrheit und gegen die Senkung der Personalpauschale für die Mittagbetreuung in der Höhe von 320 000 Franken.

Stefan Urech (SVP): Die Idee Tagesschule kam laut Walter Angst (AL) damals von SP und FDP. Wir als SVP versuchten unsere bürgerlichen Kollegen zu warnen, dass sie Gefahr laufen, die Büchse der Pandora zu öffnen. Wir sehen heute, dass die Büchse offen ist. Jeder Budgeterhöhungsantrag, jeder gestrichene Parkplatz auf dem Schulareal und jede neue Stellenerhöhung wird mit der Tagesschule begründet. Es ist an der Zeit, dass die FDP von diesem Wagen abspringt. Der Vertreter der FDP im Stadtrat ist in einer schwierigen Situation; er muss versuchen, die Tagesschule durchzubringen. Es ist aber an der Zeit, zu den liberalen und bürgerlichen Werten zu stehen und die Tagesschule, so, wie sie jetzt geformt wird, abzulehnen. Helfen Sie uns, damit wir gemeinsam eine starke bürgerliche Front gegen die hier geplante Tagesschule bilden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Nur eine kleine Präzisierung: Die Kürzung hat mit der Tagesschule nichts zu tun. Es geht hier um die Regelschule. Es hätte eine Anpassung an die Betreuungsverhältnisse der Tagesschule geben sollen. In der Regelschule ist das Betreuungsverhältnis teilweise viel höher. Der Antrag an den Stadtrat kommt von der ZSBP – also von Ihren Vertreterinnen und Vertretern in den Schulkreispräsidien.*



S. 365	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
092.	Antrag Stadtrat				240 324 100	Minderheit
					320 000	240 644 100 Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Verzicht auf Senkung der Pauschale für die Mittagsbetreuung: Personalkosten pro Betreuungseinheit (BE) von Fr. 18 auf Fr. 17 gemäss Schulpflegebeschluss (Anzahl BE gebundene Mittagsbetreuung ca. Fr. 320 000: ca. 40 Stellen Fachpersonen Betreuung (FaBe) und Betreuungsassistenzen (BA), Beschluss 13/2021 der Schulpflege vom 2. März 2021: Senkung Betrag Personalressourcen BE von Fr. 17.85 auf Fr. 16.80).			
						Sven Sobernheim (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 093

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Es geht hier nicht um die kantonal angestellten Förderlehrpersonen, sondern um die städtisch angestellten Klassenlehrpersonen und Heilpädagogen. Während die Anzahl kantonal angestellter Klassenlehrpersonen und Heilpädagogen mit dem Schülerwachstum steigt, fiel das Wachstum bei den städtischen Stellen überproportional aus. Bei den DAZ-Lehrpersonen lässt sich dies teilweise erklären, sonst aber nicht. Wir schaffen keine bessere Bildung, indem wir uns immer mehr Klassenassistenzen und Förderlehrpersonen ins Schulzimmer stellen. Im Gegenteil; seit zehn Jahren wird unsere Volksschule immer teurer und gleichzeitig werden die PISA-Resultate immer schlechter. Das sind die Fakten. Lassen Sie die Klassenlehrer sich auf ihre Klassen konzentrieren und ersparen Sie ihnen und den Kindern noch mehr Absprachen, Unruhe und verteilte Verantwortung, die am Ende niemand mehr tragen will. Lassen Sie die Lehrperson eine enge Bezugsperson sein, die ihre Schüler kennt und auf sie*



eingeht, und damit Konstanz, Sicherheit und Vertrauen schafft. Wir fordern dieses Jahr eine Reduktion der Kosten für die ergänzenden städtischen Förderlehrpersonen um gut 2 Prozent, damit sich die Kosten längerfristig nicht stärker entwickeln als die Zahl der Kinder. Wer eine solche homöopathische Personalmassnahme nicht auf die Reihe bekommt, hat seinen Job verfehlt.

Walter Angst (AL): *Ich nehme nochmals kurz auf Antrag 092. Bezug. Der Betrag von 320 000 Franken ermöglicht es im Schuljahr 2022/23 einen Franken mehr für die Mittagsbetreuung in den Tagesschulen einzusetzen, ohne Personalressourcen zu reduzieren. Das muss so klar festgehalten werden. Zum Antrag der FDP, die Löhne im Schulamt um 2 Millionen Franken zu reduzieren: Im Jahr 1994 sog ich im Real- und Oberlehrerseminar die Theorien «Kopf, Herz, Hand» im Stil von Johann Heinrich Pestalozzi auf – es ist die Lehrperson, die dafür sorgt, dass die Kinder eine gute Zukunft haben. Die Welt hat sich weiterentwickelt. In allen nordischen Ländern wechselte man Ende letztes Jahrhundert auf ein Schulmodell, das nicht nur Lehrinhalte vermittelt, sondern auch ein Ort des sozialen Zusammenlebens und sozialen Lernens ist. Sie schlagen hier als Zukunftsmodell für den Bildungsstandort Zürich die Rückkehr in die Vergangenheit vor – back to the future. Könnten Sie Ihre Retrovorstellungen durchsetzen, würden Sie die Stadt in eine ziemliche Krise stürzen.*

S. 365	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3020 00 000	Löhne der Lehrpersonen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093.	Antrag Stadtrat				84 901 300	Mehrheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			2 000 000		82 901 300	Minderheit
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP)
						Enthaltung
						Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Wachstum der Anzahl der Lehrpersonen dem Wachstum der Schülerin- und Schülerzahlen anpassen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 094.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Renate Fischer (SP): Die SP beantragt die Stellen beim Schulpsychologischen Dienst vorübergehend um 2,2 Stellen aufzustocken – zusätzlich zu den 0,8 Stellenzuwachs, die der Stadtrat regulär im Budget 2022 beantragt. Grund ist die momentane Überlastung des Schulpsychologischen Dienstes und die langen Wartezeiten für Erstabklärungen. Das Bild entspricht übrigens auch den Erfahrungen von anderen Fachstellen, psychologischen Beratungs- und Therapieangeboten und Kliniken. In der Coronakrise nahmen während der ersten Phase der Pandemie die Fälle zuerst leicht ab und dann stark zu. Mittlerweile bestehen bei den verschiedensten, auch privaten Angeboten zum Teil sehr lange Wartelisten. Gesamtstädtisch kann der Schulpsychologische Dienst nur etwas mehr als die Hälfte aller Anmeldungen innerhalb eines Monats für eine Erstabklärung berücksichtigen. In einzelnen Schulkreisen warten zehn Prozent der Kinder über ein Vierteljahr auf die Erstabklärung. Der Schulpsychologische Dienst hilft im Moment auch Familien, die dringend auf Hilfe angewiesen sind und aufgrund des allgemeinen Engpasses in der Psychiatrie und Psychotherapie keinen Therapieplatz für ihr Kind finden oder gar auf einen freien Platz in der Klinik warten müssen. Die vorübergehende Stellenaufstockung soll dazu beitragen, die langen Wartezeiten abzubauen und sicher zu stellen, dass Kinder und Jugendliche die benötigte Hilfe in angemessener Zeit erhalten.

Sven Sobernheim (GLP): Die Minderheit bestreitet nicht, dass die Coronakrise Auswirkungen auf die Psyche hat, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Gemäss Stadtrat erhält aber jeder rechtzeitig Hilfe. Rechtzeitig muss nicht in jedem Fall innerhalb von 30 Tagen bedeuten. Es wird eine Prioritätenliste verfolgt, wer wann wie schnell Hilfe benötigt. Die GLP erkennt beim Stadtrat keine Strategie für den Schulpsychologischen Dienst. Wir verstehen nicht, weshalb man sich auf die Schulkreise beschränkt. Wenn man die Zahlen vergleicht, ist der Schulpsychologische Dienst in einzelnen Kreisen deutlich mehr gefordert als in anderen Kreisen und er könnte, wenn man sich gegenseitig aushelfen würde, seine Reaktionszeit von 30 Tagen deutlich verbessern. Hier führen wir wieder die grundsätzliche Diskussion, ob wir eine Stadt oder viele Schulkreise sind.

S. 376	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5050	Schulgesundheitsdienste				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat				16 977 000	Minderheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)



330 000 17 307 000 Mehrheit

Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP)

Begründung: Befristeter Stellenausbau im Schulpsychologischen Dienst zum Abbau von bestehenden Wartefristen (2,2 Stellen zusätzlich)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 095.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Renate Fischer (SP): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) beantragt eine personelle Aufstockung der Fachstelle Lust und Frust, um den aktuellen Bedarf an Klasseneinsätzen zu decken. Die Fachstelle Lust und Frust ist ein Angebot der Schulgesundheitsdienste. Lehrpersonen können sich unter anderem beraten lassen oder Klasseneinsätze buchen. Klasseneinsätze sind vierstündige Einheiten für den Sexualkundeunterricht in der Mittel- und Oberstufe. Die Inhalte orientieren sich am kantonalen Lehrplan. Zurzeit kann die Fachstelle rund 100 Klasseneinsätze pro Schuljahr leisten, im angebotenen Altersbereich entspricht das etwa 500 Klassen, die dieses Angebot nutzen können. Die aktuelle Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Bis zum Frühlingsemester 2023 sind bereits alle Klasseneinsatztermine ausgebucht. Die beantragte Erhöhung soll gezielt zum Ausbau der Klasseneinsätze eingesetzt werden.

Yasmine Bougeois (FDP): Das Thema eigener Körper, Sexualität und Pubertät sind Bestandteil des Lehrplans 21. Sie sind also ganz klar Aufgabe der Klassenlehrperson. Natürlich ist es für Klassenlehrpersonen einfacher, diese Aufgabe auszulagern – es ist schliesslich ein wenig peinlich, mit den eigenen Schülern über dieses Thema zu sprechen. Letztendlich nimmt ihnen so jemand die Aufgabe ab, für die die Lehrpersonen eigentlich bezahlt werden. Für uns ist ein Ausbau der Stellen deshalb nicht notwendig und schon gar nicht mit der Begründung von mehr Klasseneinsätzen.



S. 376	50 5050 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulgesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat				16 977 000	Minderheit
				60 000	17 037 000	Mehrheit
			Begründung: Personelle Aufstockung der Fachstelle «Lust und Frust»: 1 Stelle ab Schuljahr 2022/2023, um den Bedarf an Klasseneinsätzen zu decken (aktuelle Wartezeit ist bis Februar 2023)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

SOZIALDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 096. und 097.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Luca Maggi (Grüne): Seit dem 1. Juli 2021 gibt es im Kanton Zürich eine Rechtsgrundlage, die die Observation, also das Ausspionieren und Ausschnüffeln von Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezügern, regelt. Eine Mehrheit aus bürgerlichen Parteien und der SP wollte das bereits im Jahr 2018 auf städtischer Ebene regeln, die städtische Observationsverordnung wurde aber juristisch zurückgepfiffen. Wir Grünen bleiben dabei: Es ist ein Armutszeugnis, dass die Stadt Zürich armutsbetroffenen Menschen auf diese Art und Weise nachstellt. Dass diese Politik von «Zuckerbrot und Peitsche» zu einer rechten Vorstellung des Sozialstaates passt, ist nichts Neues. Man hätte gerne weniger Geld in der Sozialhilfe und noch mehr Geld für die Überwachung derer, die die Beiträge beziehen. Dass die SP gemäss Fahne auch auf «Zuckerbrot und Peitsche»



setzt, ist schwer zu verstehen. Das Thema der Wochenendbeilage «Armenjagd in der Schweiz» der Wochenzeitung WOZ befasst sich zwar nicht direkt mit der Arbeit von Sozialinspektoren und Sozialinspektorinnen, aber der Titel passt auch bei diesem Thema sehr gut. Aus einer gemütlichen Mittelstandsposition lässt sich vielleicht nur schwer vorstellen, was eine potenzielle Überwachung und ein verdecktes Ausspionieren für die betroffenen Menschen bedeutet. Bereits im Abstimmungskampf gegen die kantonale Gesetzesvorlage las man von Menschen, bei denen eine Observation traumatische Schäden hinterliess. Eine Mehrheit scheint wieder auf den Trugschluss hineinzufallen, dass mehr Überwachung zu mehr Sicherheit führt. Dabei ist gerade bei der Sozialarbeit erwiesen, dass eine bessere Zusammenarbeit, mehr Zeit für die betreuenden Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, mehr persönliche Gespräche und mehr Mittel die besten Methoden gegen Betrugsfälle sind. Mit Observationen greifen wir auf höchst bedenkliche Art und Weise in die Privatsphäre und weitere Grundrechte von Sozialhilfebezügern und Sozialhilfebezügern ein. Wir lassen dabei ausser Acht, dass es viel mildere Mittel als das Ausschnüffeln gäbe. Ausserdem ist es fragwürdig, ob die kantonale Gesetzesgrundlage einer Normenkontrolle überhaupt standhalten und man nicht in Strasbourg gerügt werden würde. Wir Grünen sind deshalb der Meinung, dass erste Schritte in ein besseres Sozialhilfesystem die Abschaffung von Observationen und mehr Mittel für die Sozialarbeit sind. Mit den beiden vorliegenden Anträgen machen wir einen ersten kleinen Schritt, um der Armenjagd in diesem Land entgegenzuwirken.

Cathrine Pauli (FDP): Die Minderheit hat drei Minuten lang versucht, uns zu erklären, dass wir keine Sozialinspektoren in dieser Stadt brauchen. In ihren beiden Anträgen schiebt sie aber Geld von einem Konto ins andere – vom Departementssekretariat in die Sozialen Dienste. Sie mutieren die Sozialinspektoren also in Sozialarbeitende, die mit den Menschen reden. Ein Sozialinspektor ist dazu da, Missbrauch zu bekämpfen, und nicht im Sinne von Sozialarbeitenden durch Dialog eine Lösung zu finden. Sozialhilfemissbrauch ist genauso verwerflich wie Einbruch und Diebstahl. Die Polizei führt auch keinen Dialog mit Einbrechern in der Hoffnung, dass es bald besser geht. Das ist ein absurder Antrag und die Mehrheit vertritt hier die Meinung des Stadtrats.

S. 386		55	SOZIALDEPARTEMENT			
		5500	Sozialdepartement Departementssekretariat			
		3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
096.	Antrag Stadtrat				5 896 400	Mehrheit Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			787 800		5 108 600	Minderheit Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL)



Begründung: Streichung der Stellen für das Sozialinspektorat. Sozialhilfebeziehende sollen nicht unter einem derartigen Grundrechtseingriff leiden. Die Stadt Winterthur zeigt, dass Sozialinspektorate nicht nötig sind, um Missbrauch zu bekämpfen. Dafür gezielter Ausbau (plus 7 Stellen) bei den Sozialarbeitenden in den Sozialen Diensten, damit diese mehr Zeit haben, um auf ihre Klientinnen und Klienten einzugehen. Prävention statt Repression.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 097.

Wortmeldungen siehe Antrag 096.

S. 409	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5550	Soziale Dienste				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat				77 488 000	Mehrheit
				787 800	78 275 800	Minderheit
						Enthaltung

Begründung: Streichung der Stellen für das Sozialinspektorat. Sozialhilfebeziehende sollen nicht unter einem derartigen Grundrechtseingriff leiden. Die Stadt Winterthur zeigt, dass Sozialinspektorate nicht nötig sind, um Missbrauch zu bekämpfen. Dafür gezielter Ausbau (plus 7 Stellen) bei den Sozialarbeitenden in den Sozialen Diensten, damit diese mehr Zeit haben, um auf ihre Klientinnen und Klienten einzugehen. Prävention statt Repression.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 51 gegen 27 Stimmen (bei 42 Enthaltungen) zu.



Gemeinsame Behandlung der Anträge 098. und 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Susanne Brunner (SVP): Die SVP beantragt gemeinsam mit der Minderheit die Stellenprozent für die wirtschaftliche Basishilfe sowie auch die 2 Millionen Franken, die für die Auszahlung der wirtschaftlichen Basishilfe eingestellt sind, zu streichen. Als der Stadtrat mit der Idee der wirtschaftlichen Basishilfe und dem Projekt der Züri City-Card kam, merkte man schnell, dass man sich bei diesen Absichten ausserhalb der schweizerischen Rechtsordnung befindet. Die Zürcher Stadtregierung macht im Moment ihre eigene Asyl- und Ausländerpolitik, weil sie mit dem übergeordneten Recht nicht zufrieden ist. Der Bezirksrat stellte heute aber fest, dass die wirtschaftliche Basishilfe gesetzwidrig ist, gegen die Meldepflicht verstösst und im Konflikt mit dem Bundesausländer- und Integrationsgesetz steht. Die wirtschaftliche Basishilfe stellt eine Umgehung des kantonalen Rechts dar. Weiter stellt der Bezirksrat fest, dass das Geld, das nach den Ansätzen der Asylfürsorge ausgezahlt wird, unzulässig ist. Für sein Handeln hat der Stadtrat keine gesetzliche Grundlage. Wir befinden uns gerade im Wahlkampf und wir von der bürgerlichen Seite machen uns keine Illusionen; der Stadtrat wird trotz des Urteils des Bezirksrats nicht von seinem Tun ablassen, sondern juristisch weitergehen. Nicht zuletzt hat die SP als grösste Partei in der Stadt das Thema zu einem ihrer Wahlkampfthemen unter dem Titel der Solidarität gemacht und verteilt so Bargeld an Personen, die uns unbekannt sind, keinen geregelten Aufenthaltsstatus und keine Berechtigung haben, hier zu sein. Das nennen Sie Solidarität. Alle Sozialtransfers in unserem Staat bauen auf einer gesetzlichen Grundlage auf. Niemand bekommt auch nur einen Franken ausbezahlt, ohne dass ein Parlament vorher auf Bundes- oder Kantonsebene eine entsprechende gesetzliche Grundlage beschloss. Die Alters- und Hinterlassenenvorsorge (AHV), die Invalidenversicherung (IV), Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfegelder basieren alle auf so einem Entscheid. Alle in unserem Land, die eine Berechtigung haben, einen Sozialtransfer zu erhalten, müssen ihre Vermögenssituation und ihr Einkommen ausweisen. Bei der wirtschaftlichen Basishilfe stossen wir in ganz neue Dimensionen vor. Sie ist aus diesem Grund höchst unsolidarisch. Es wundert mich, dass eine sozialdemokratische Partei sich so weit aus dem Fenster lehnt und sich Solidarität auf die Flagge im Wahlkampf schreibt. Die SP rühmt sich mit der Schaffung des Sozialstaates – nicht zuletzt dank dem beharrlichen Wirken der sozialdemokratischen Parteien haben wir heute eine AHV. Sie basiert aber auf den Säulen der gesetzlichen Grundlage. Es ist höchst unsolidarisch, wenn wir ohne gesetzliche Grundlage nach dem Gusto der linksgrünen Mehrheit Geld an irgendwelche Menschen verteilen, die wir nicht kennen.

Alan David Sanginges (SP): Es ist immer ein wenig unheimlich, wenn die SVP uns eine Lektion zum Thema Solidarität erteilen will. Die meisten Sozialwerke existieren trotz und nicht wegen der SVP – auch der Metzgerverband kann den Vegetariern erklären, wie sie sich zu ernähren haben. Die SVP und die FDP verlangen, dass die wirtschaftliche Basishilfe gestrichen wird und freuen sich über den heutigen Bezirksratsentscheid. Ich hoffe, Sie fühlen sich gut dabei, die Politik auf den Rechtsweg verlegt zu haben. Das ist Ihre Art, sich durchzusetzen. Aber das letzte Wort wurde juristisch noch



nicht gesprochen. Ihr Versuch, um jeden Preis und auf jedem Weg das Leben der Menschen, die in Armut unter prekärsten Bedingungen leben und die stundenlang für Essenspakete anstehen, noch schwieriger zu machen, zeigt sehr deutlich auf, welches Menschenbild Sie haben und welche Prioritäten Sie setzen. Um was für Menschen geht es also, die bisher die wirtschaftliche Basishilfe bezogen haben? Susanne Brunner (SVP) sagt, man wisse nicht, um wen es sich handelt – es interessiert Sie aber schlicht nicht. In den ersten Monaten wurden 88 Gesuche eingereicht, davon wurden 45 bewilligt. Damit wurden 49 Erwachsene und 24 Kinder unterstützt. 53 Prozent der Gesuche wurden von Personen eingereicht, die seit über sechs Jahren in der Stadt Zürich leben. Sie gehören also zu uns, ob es Ihnen passt oder nicht. 55 Prozent der Gesuche kamen von Sans-Papiers. Wir haben ein paar Tausend Franken an knapp 80 Menschen – davon 24 Kinder – ausbezahlt. Sie setzen Himmel und Hölle in Bewegung, um zu verhindern, dass diese das Geld erhalten. Ich hoffe, Sie sind stolz auf sich. Es gab Kriterien für den Erhalt der Gelder und 18 Gesuche wurden abgelehnt. Die Anzahl Gesuche zeigt auch, dass die Hilfe nicht übermässig beantragt wird. Die Basishilfe trägt entscheidend dazu bei, dass Menschen in unserer Stadt während einer weltweiten Pandemie nicht hungern müssen. Sie können sich über Ihren Erfolg freuen, dass mehr Menschen in dieser Stadt hungern müssen. Unter diesem Blickwinkel lässt es tief blicken, wenn Sie sich so über den Bezirksratsentscheid freuen und das Geld streichen wollen. Der Instanzenweg ist noch nicht abgeschlossen und wir hoffen, dass der Stadtrat einen Rekurs einreicht und das Geld eingestellt bleibt. Würde man merken, dass man den Instanzenzug verliert, wird das Geld natürlich auch nicht ausgezahlt. Es soll aber vorerst budgetiert bleiben. Der Kampf gegen die Basishilfe zeigt auch den heiligen Kampf der Ärmsten und Armen. Mit gut gemeinten Ratschlägen aus einer Teppichetage, die rein gar nichts von der Realität der betroffenen Menschen versteht, zeigt sich das wahre Gesicht der Zürichberg-Partei FDP. Wahrscheinlich gibt es auch am Zürichberg Menschen, die es nicht so toll finden, wenn Menschen in der Stadt hungern. Die FDP zeigt aber weder Empathie noch Verständnis noch Sachkenntnisse von der Armut betroffener Menschen in dieser Stadt. Dafür sollten Sie sich schämen.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Baumann (GLP): *Wir anerkennen das Dilemma und Spannungsfeld der betroffenen Personen. Wir waren jedoch von Anfang an kritisch gegenüber dem Vorgehen des Stadtrats. Die Umsetzung der wirtschaftlichen Basishilfe – sie hat nicht nur eine juristische, sondern auch eine sozialpolitische Komponente – ist schlicht und einfach nicht zielführend. Wenn man die Ausführungen des Stadtrats richtig liest und davon ausgeht, dass die wirtschaftliche Basishilfe intransparent ist und die finanzielle Unterstützung nach sechs Monaten aufhören sollte, dann ist ganz klar: nach sechs Monaten ist kein Problem gelöst, sondern ein Problem verschoben und Abhängigkeit geschaffen. Das finde ich unfair. Man hätte ausserdem die zwei Zielgruppen auseinandernehmen müssen: in Sans-Papiers und in die Menschen mit Aufenthaltstitel B oder L. Das hat der Stadtrat nicht gemacht und auch die Medien haben alle in einen Topf geschmissen. Es gibt aber Unterschiede. Die GLP ist sehr wohl interessiert, Lösungen für das Problem zu finden – aber nicht als Alleingang durch den Stadtrat. Wir wechseln deshalb bei beiden*



Anträgen zur Minderheit. Wir möchten keine Basishilfe unterstützen, die eine Parallelgesellschaft stärkt und sozialpolitisch schlicht und einfach nicht zielführend ist.

Luca Maggi (Grüne): *Wir Grünen bleiben dabei: Die wirtschaftliche Basishilfe wurde in der Stadt Zürich demokratisch beschlossen. Dieser Beschluss wurde vorübergehend juristisch gestoppt. Wir Grünen bezweifeln stark, dass der Bezirksrat richtig liegt. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat auch den definitiven Entscheid des Bezirksamts weiterziehen wird. Dass dem Rekurs die aufschiebende Wirkung entzogen wurde, ist besonders kaltschnäuzig. Die vorgegebene Voraussetzung für einen Entzug der aufschiebenden Wirkung – dass bei einer Weiterführung ein schwerer Nachteil droht – ist hier in keinem Bereich und in keiner Art und Weise gegeben. Wir Grünen halten deshalb fest: Wir möchten im Budget bereit sein, wenn die Stadt Zürich den Rechtsstreit gewinnt. Über die moralische Frage, dass die geschlossene bürgerliche Rechte dem Gewerbe Millionen an Franken gibt, Armutsbetroffene aber hängen lässt, müssen wir nicht mehr reden. Der Fakt ist demaskierend genug.*

Alexander Brunner (FDP): *Weil Luca Maggi (Grüne) über den demokratischen Beschluss sprach, möchte ich nur kurz den Ablauf aufzeigen: Im Mai erhielten wir von STR Raphael Golta eine Medienmitteilung mit dem Plan. Es gab dazu keine Diskussion in der Kommission. Im September, als der Plan bereits umgesetzt wurde, gab es dann die ersten Fakten. Wenn Sie das Vorgehen bei einem Pilotprojekt ohne Diskussion in der Kommission und dem Gemeinderat als demokratisch bezeichnen, haben Sie ein sehr spezielles Demokratieverständnis. Die Antwort des Bezirksamts ist öffentlich, er spricht von einer «unzulässigen Gesetzesumgehung.» In der Pressemitteilung von STR Raphael Golta im Mai stand, ihn störe die Verknüpfung von nationalem Recht und Sozial- und Migrationsrecht. Deswegen wurde das abgeklärt und der Bezirksrat bestätigte genau das, was Sie bestätigt haben wollten. Ich verstehe deshalb nicht, wie Sie überrascht sein können. Die Umgehung fand auf drei Stufen statt; erstens erfolgte keine rechtliche Diskussion. Ich stellte mit Erstaunen fest, dass man den Professor Marc Specha bei den Antworten zur Beschwerde hinzuziehen musste. Die Abklärung konnte scheinbar nicht intern gemacht werden, böse gesagt, fehlt scheinbar die Kompetenz. Zweitens wurde die Kommission hintergangen. Es gab keine Diskussion über die Ausführung und den Inhalt in der Sozialkommission. Drittens wurde offensichtlich vermutet, dass dies zu Problemen führen könnte. Statt die Verantwortung selbst zu übernehmen und das Geld auszugeben, hat das Sozialdepartement die Aufgabe dem Hilfswerk, einer privaten Institution, gegeben. Es ist die Aufgabe des Sozialstaates der Sozialhilfe Steuergelder zu geben und nicht die des Roten Kreuzes oder der Caritas. Zum Vorwurf, wir seien kaltschnäuzig und kaltherzig; ich war während der ganzen Pandemie regelmässig an der Langstrasse und habe die Essensausgabe selbst gesehen. Ich war auch immer wieder mit diversen Hilfsinstitutionen in Kontakt und war letztes bei der Essensausgabe der Heilsarmee. Ich kann Ihnen sagen: in dieser Stadt hungert niemand, weil es die wirtschaftliche Basishilfe nicht gibt. Es gibt sehr viele Hilfswerke und es wurden sehr viele Spendengelder generiert. Es geht hier auch nicht um ein Geldproblem, sondern um die Rechtsstaatlichkeit. Diese wurde hier leider nie diskutiert, deshalb musste der Bezirksrat jetzt antworten. Dafür sollte sich die Linke schämen.*



Samuel Balsiger (SVP): Der Sprecher der SP sagte, wir von der SVP und der FDP wüssten nicht, um wen es sich bei den Personen handelt. Das stimmt nicht; der Stadtrat hat oft gesagt, dass es sich unter anderem um EU-Bürger handelt, die Angst haben, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, würden sie zum Sozialamt rennen. Es darf aber nicht Sinn und Zweck sein, dass EU-Bürger, die zurück nach Spanien oder Portugal gehen könnten – Länder mit sozialer Sicherheit und ohne Bomben – uns ohne Anrecht auf der Tasche liegen. Wenn sich diese Menschen nicht in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft integrieren können, sondern uns nur auf der Tasche liegen, können diese gut zurück gehen in ihre Länder. Im Bericht «Züri City-Card» schreibt die Stadt Zürich, dass es sich beim Grossteil der Sans-Papiers um Menschen aus Lateinamerika oder aus europäischen Staaten handelt, die als Touristen eingereist sind und die nach drei Monaten nicht zurückreisen, obwohl sie dies könnten. Wir sprechen also nicht über Kriegsflüchtlinge. Die Menschen arbeiten schwarz, nehmen uns Arbeit weg, zahlen keine Sozialabgaben und brechen die Regeln unseres Anstandes, dass sich jeder in unserer Gesellschaft solidarisch beteiligt und nicht einfach Dinge schmarotzt, die einem nicht zustehen. Laut Stadt Zürich handelt es sich bei der zweiten grossen Gruppe um Straftäter, Sozialhilfeschmarotzer und Abzocker, denen man die Aufenthaltsbewilligung entzogen hat, weil sie gegen das Gesetz verstossen haben. Auch diese Menschen sind keine armen Opfer, sondern verurteilte Straftäter oder Sozialhilfeabzocker, die in ihre Länder zurückkehren könnten. Das sind nicht Tatsachen aus einem Heft der SVP, sondern Fakten aus dem Bericht der rotgrünen Stadt Zürich. Laut der Stadt handelt es sich bei der dritten Gruppe der Sans-Papiers um abgelehnte Asylanten, die durch den Asylprozess gingen und bei denen der Schweizer Rechtsstaat kein Anrecht auf Aufenthalt sieht. Wir sprechen hier nicht von verfolgten Menschen. Sie müssen zurück gehen in ihr Land. Sie bleiben aber hier und möchten auch noch Geld, das ihnen nicht zusteht – Geld, das andere Menschen erarbeiten. Es ist Geld, das der Steuerzahler nicht für illegal anwesende Menschen oder europäische Bürger bereitstellt. Diese Menschen können sich nicht einfach mit unserem Geld, das ihnen schlicht nicht zusteht, ein besseres Leben machen. Das hat nichts mit sozialer Härte zu tun, sondern mit harten Fakten. Wir sind nicht das Sozialamt von Portugal. Wenn die Menschen keine Arbeit finden, sollen sie zurück nach Spanien, Portugal, Brasilien oder wo sie sonst noch überall herkommen.

Markus Kunz (Grüne): Gestern erhielt ich den Jahresbericht des Vereins Incontro, der an der Langstrasse die Strassenarbeit verrichtet. Ich erlaube mir einige Sätze aus dem Bericht vorzulesen: «Unsere Gäste stammen aus über 50 Nationen, jede und jeder mit seiner Kultur und Weltanschauungen, mit seiner Biografie und seinen Verwundungen. Unzählige Kinder, bis zu 700 Kinder in Spitzenzeiten, sind hinter der Reihe verborgen. Viele Hilfesuchende verloren durch die anhaltende Pandemie ihre Stellen oder waren mit Kurzarbeit konfrontiert. Alleinerziehende und kinderreiche Familien suchen bei uns Unterstützung. Bis heute stehen auch täglich Wanderarbeiter, Frauen und Männer aus dem Milieu, die genauso von den wirtschaftlichen Folgen von Corona getroffen wurden, Obdachlose, Bedürftige, Menschen in Altersarmut oder mit Suchterkrankungen, Flüchtlinge und Sans-Papiers für eine warme Mahlzeit und Lebensmittel an.» Natürlich gibt es auch das übergeordnete Recht. Ich erinnere mich sinngemäss an Pestalozzis Worte: was Sie hier betreiben, ist das Ersäufen der Gnade im Missloch des Rechts.



36 / 39

S. 386	55 5500 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat				5 896 400	Mehrheit
			80 000		5 816 400	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Auf die wirtschaftliche Basishilfe soll verzichtet werden, da die Rechtsgrundlage fehlt. Die entsprechenden Stellenwerte (0,8) sind zu streichen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 099.

Wortmeldungen siehe Antrag 098.

S. 392	55 5500 3636 00 310	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge Wirtschaftliche Basishilfe	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099.	Antrag Stadtrat				2 000 000	Mehrheit
			2 000 000		0	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: SVP: Auf die wirtschaftliche Basishilfe soll verzichtet werden, da die Rechtsgrundlage fehlt. FDP: Kein Aufbau eines illegalen Sozialsystems			



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 100. und 100a.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Die Kita-Landschaft in der Stadt Zürich ist vielfältig. Private Institutionen sowie einige städtische Betriebe bieten gemeinsam Angebote sowohl für subventionierte Plätze auch als für Vollzahlerinnen an. Das Sozialdepartement wünscht sich seit langem, dass es eine Gruppe gibt, die die Interessen der Trägerschaft artikuliert. Im Jahr 2018 wurde der Verband Kinderbetreuung Schweiz «kibesuisse» angefragt, später kam man aber davon ab. Man stellt jetzt einen Antrag, dass man einer Gruppe aus drei Trägerschaften einen vom Sozialdepartement angestellten Berater zur Seite stellt, um einen solchen Dialog aufzubauen. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) hält dieses Konstrukt für falsch. Wenn die Trägerschaften der Kitas sich artikulieren sollen, kann das nicht von einem Angestellten des Sozialdepartements moderiert werden, das den Auftrag erteilt. Wir beantragen deshalb, die für die Moderation eines Dialogs der Kita-Trägerschaften eingestellten 45 000 Franken abzulehnen und aus dem Budget zu streichen. Das ist kein Antrag, der es nicht begrüssen würde, dass die Kita-Trägerschaften sich gemeinsam artikulieren – er will dies aber nicht vom Geldgeber steuern lassen und will nicht, dass der Branchenverband aussen vorgelassen wird.

Alan David Sanginges (SP): Wir finden es wichtig, dass die Kitas über eine Interessengemeinschaft verfügen. Mit dem Geld, das STR Raphael Golta eingestellt hat, konnte ein erster Schritt gemacht werden. Es ist ihm hoch anzurechnen, dass er Kitas als Verhandlungsführerinnen stärken möchte. Es gibt eine eigene Interessensgemeinschaft und es wurde ein Trägerverein gegründet. Wir finden es in Ordnung, wenn man ihnen das Geld gibt und wir werden deshalb dem Antrag der AL und der Grünen zustimmen und danken STR Raphael Golta dafür, dass er diesen Prozess angestossen hat.

Felix Moser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion folgenden Antrag 100a zum Budget: Es ist schwierig, wenn die Stadt die Interessenvertretung selbst aufbaut. Aus Sicht der Grünen und der SP ist es aber kein Problem, wenn die Stadt als Starthilfe Geld gibt. Deshalb haben die Grünen den Antrag gestellt, dass man auf einem Konto für Starthilfen und Beiträge im Frühbereich genau den gleichen Betrag einstellt, damit die Kitas miteinander den Verein gründen und einen Ansprechpartner für Interessensvertretung aufbauen können, um mit der Stadt zu kommunizieren und zu verhandeln. Die Kitas sollen selbst entscheiden können. Wir halten es für wichtig, dass die Stadt nicht mitredet. Der Betrag ist als Kostendach gedacht und lehnt sich an den Betrag an, der vorher für die Hilfe durch die Agentur «furrerhugi. ag» eingestellt war. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Das ist eine Kürzung um 45 000 Franken in Antrag 100. Die gleichen 45 000 Franken werden auf einem anderen Konto eingestellt, damit man die Interessenvertretung direkt für den gleichen Zweck auszahlen kann.



Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Für die GLP ist nicht ersichtlich, was sich an der Situation ändert, wenn man die 45 000 Franken einem Verein gibt, um zu verhandeln, oder wenn man die 45 000 Franken einer Firma gibt, um zu verhandeln. Das ist reine Symbolpolitik gegen die Agentur «furrerhugi. ag», weil diese aus Sicht der Mehrheit «böse ist».

Walter Angst (AL): Mich erstaunt das Votum von Sven Sobernheim (GLP). Aus meiner Sicht wäre kein Geld notwendig, um eine unabhängige Interessensvertretung der Trägerschaften aufzubauen. Es gibt eine Trägerschaft, die Geld hat und das machen könnte. Es gibt aber Interferenzen zwischen dem Sozialdepartement und kibesuisse. Meiner Meinung nach müssten diese als erstes sehr rasch vom Tisch. Wir stimmen dem Antrag der Grünen trotzdem zu, in der Erwartung, dass kein Geld oder so wenig wie möglich von den 45 000 Franken ausgegeben wird.

S. 387	55 5500 3130 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat				186 000 125 000 N	Minderheit Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			45 000		266 000	Mehrheit Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Verzicht Vergabeauftrag an Agentur FurrerHugi für Aufbau KiTa-Dialog. Aufbau Interessenvertretung Kontraktpartner (KiTa-Trägerschaften) kann unterstützt werden, aber nicht durch eine von der Vergabestelle (Stadt Zürich) beauftragte Dritte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 100a.

Wortmeldungen siehe Antrag 100.

Felix Moser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion folgenden Antrag zum Budget:



39 / 39

S. 389	55 5500 3636 00 140	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Starthilfen und Beiträge im Frühbereich				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
100a.	Antrag Stadtrat				263 000	
				45 000	308 000	Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Starthilfe für Trägerschaft KiTa-Dialog			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Felix Moser (Grüne):

Der Rat stimmt dem Antrag von Felix Moser (Grüne) mit 68 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 178, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat